

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

44. Sitzung (n e u)

am Donnerstag, dem 23. Oktober 2003, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Jost de Jager (CDU)	stellv. Vorsitzender
Peter Eichstädt (SPD)	i. V. für Dr. Ulf von Hielmcrone
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Helmut Jacobs (SPD)	
Helmut Plüschau (SPD)	i. V. für Rolf Fischer
Jürgen Weber (SPD)	
Sylvia Eisenberg (CDU)	
Uwe Greve	i. V. für Joachim Wagner
Caroline Schwarz (CDU)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

- | | Seite |
|--|--------------|
| 1. Aufgaben der Schulträger | 4 |
| Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2615 | |
| 2. Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen | 5 |
| Mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 3. Verlegung der Frühjahrsferien | 8 |
| Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2642 | |
| 4. Verschiedenes | 9 |

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. de Jager, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aufgaben der Schulträger

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2615

(überwiesen am 8. Mai 2003 zur abschließenden Beratung)

- Vorlagen des Bildungsministeriums
Umdrucke 15/3679 und 15/3846
- Stellungnahmen des Landkreistages
Umdrucke 15/3859 und 15/3860
- Stellungnahme des Städteverbandes
Umdruck 15/3816

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Frau Dallal vom Landkreistag (Umdrucke 15/3859 und 15/3860) sowie Herrn Otto und Herrn Ziertmann vom Städteverband (Umdruck 15/3816) und nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 15/2615, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 24. September 2003 an den **Bildungsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

hierzu: Umdrucke 15/3794 (Studienkolleg) und 15/3869 (Studiengang Krankenhausmanagement)

St Dr. Körner berichtet über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission. Der mit der Hochschulrektorenkonferenz vereinbarte Hochschulvertrag und die mit den Hochschulen verhandelten Zielvereinbarungen würden in den nächsten Tagen von den Senaten der Hochschulen beraten; die CAU, die Universität Lübeck und die Fachhochschule Westküste hätten bereits zugestimmt. Die Landesregierung gehe davon aus, dass auch die übrigen Hochschulen den Zielvereinbarungen und dem Hochschulvertrag zustimmten.

Mit dem Hochschulvertrag, der die Empfehlungen der Erichsen-Kommission weitgehend umsetze und fast 100 Professorenstellen „anfasse“, sichere die Landesregierung vorbehaltlich der Zustimmung durch das Parlament den Hochschulen insbesondere zu, für eine Laufzeit von 5 Jahren, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2004, die Besoldungs- und Tarifierhöhungen für das Personal der jeweiligen Hochschule auf der Grundlage der Ist-Zahlen des Jahres 2002 vollständig aus dem Landeshaushalt zu tragen, einen Innovationsfonds zu bilden, der im Jahre 2004 mit 3,1 Millionen € und in den Jahren 2005 bis 2008 mit jährlich 5 Millionen € ausgestattet sei, die durch Umstrukturierung freigesetzten Finanzmittel im Hochschulsystem zu belassen und die Hochschulen für die Laufzeit des Vertrages von Finanzrestriktionen auszunehmen.

Im Gegenzug verpflichteten sich die Hochschulen, Änderungen in der Struktur ihres Angebots, eine Verbesserung der Qualität und der Struktur des Ausbildungsangebots und eine Verbesserung der internen Arbeitsweise der Hochschulen (Controlling und leistungsorientierte Mittelvergabe) vorzunehmen. In den Zielvereinbarungen würden insbesondere das Profil und die Schwerpunkte der einzelnen Hochschule (zum Beispiel Universität Flensburg Vermittlungswissenschaften), die Umsetzung der von der Erichsen-Kommission empfohlenen Strukturveränderungen (zum Beispiel Kompetenzzentrum Bauwesen in Lübeck), die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master bis spätestens 2010, die Einführung eines auf out-

putorientierten Kennziffern basierenden Berichtswesens, die Einführung eines Systems der leistungsorientierten Mittelvergabe (Beispiel Hessen) und schließlich die Kooperation mit anderen norddeutschen Hochschulen (insbesondere Hamburg) festgeschrieben.

Der stellvertretende Vorsitzende und Abg. Eisenberg erkundigen sich nach Kompensationsmaßnahmen für den Standort Eckernförde nach dem Wegfall des Kompetenzzentrums Bau und der Unterbringung des Studienkollegs.

Abg. Birk begrüßt das Ergebnis der Verhandlungen mit den Hochschulen ausdrücklich. Sie setzt sich dafür ein, dass die Kollegiaten den Status von Studierenden erhielten und das Studienkolleg im tertiären Bereich angesiedelt werde sowie bei der leistungsorientierten Mittelvergabe der Parameter Frauenförderung angemessen berücksichtigt werde.

Abg. Dr. Klug thematisiert die Umstellung auf Bachelor- auf Master-Studiengänge und möchte insbesondere wissen, wie sich deren Einführung auf die Lehramtsstudiengänge auswirke.

Abg. Weber drückt für die SPD die Erwartung aus, dass für den Abschluss eines Lehramtsstudiums der Master-Abschluss erforderlich sei und sich der Bund an den Kosten für die Akkreditierung der Studiengänge angemessen beteilige. Hinsichtlich der Unterbringung des Studienkollegs bestehe aufseiten der Koalitionsfraktionen noch Gesprächsbedarf.

Abg. Spoorendonk äußert, sie könne die Begründung für die Entscheidung der Landesregierung, aus wirtschaftlichen Gründen den Fachbereich Bauwesen der Fachhochschule Kiel in Eckernförde zu schließen und das Kompetenzzentrum Bau an der Fachhochschule Lübeck zu errichten, nicht nachvollziehen.

St Dr. Körner führt auf Fragen aus dem Ausschuss aus, die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master und die dafür erforderliche Akkreditierung, die pro Studiengang zwischen 10.000 und 13.000 € koste, solle im Dialog mit den Betroffenen möglichst zügig erfolgen und werde nicht aus finanziellen Gründen scheitern. Die innovativen Studiengänge in Flensburg und insbesondere die Kooperation mit Dänemark sollten abgesichert werden. Der Innovationspool diene dem Aufbau von neuen Angeboten sowohl in der Forschung als auch in der Lehre (zum Beispiel Kompetenzzentrum Biotechnologie). Was den Standort Eckernförde nach dem Abzug des Fachbereichs Bauwesen angehe, sei beabsichtigt, ein Regionales Berufsbildungszentrum in Rendsburg-Eckernförde mit dem Schwerpunkt in Eckernförde zu errichten, wo zusätzliche, neue Bedarfe und Schwerpunkte der Berufsausbildung entstünden. Außerdem prüfe die Landesregierung die Unterbringung des Studienkollegs in den Räumlichkeiten der jetzigen Bauschule und der Kollegiaten im Studentenwohnheim in Eckernförde, um

die gegenwärtige Unterbringungssituation des Studienkollegs zu verbessern, das in Schleswig-Holstein und drei weiteren Bundesländern dem schulischen Bereich zugeordnet sei und in dem Berufsschullehrkräfte die Kollegiaten ausbildeten. Schließlich stellt der Staatssekretär klar, dass die Entscheidung zur Konzentration des Fachbereichs Bauwesen in Lübeck zulasten von Eckernförde unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen worden sei.

AL Dr. Hendriks teilt ergänzend mit, der wesentliche Hochschulabschluss solle zukünftig der Bachelor sein, nach dem man ins Berufsleben einsteigen oder einen theorie- oder anwendungsorientierten Master-Studiengang anschließen könne. Für die Lehrerausbildung sei im Gespräch, für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen einen dreijährigen Bachelor-Studiengang mit anschließendem einjährigem Master-Studiengang; für die Gymnasiallehrrausbildung einen dreijährigen Bachelor-Studiengang mit anschließendem zweijährigen Master-Studiengang vorzusehen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verlegung der Frühjahrsferien

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2642

(überwiesen am 8. Mai 2003 an den **Bildungsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsausschuss, den CDU-Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine Landesverordnung auf Grundlage von § 29 Abs. 2 des Schulgesetzes (SchulG) für die dauerhafte Rückverlegung der Frühjahrsferien auf die Osterzeit zu sorgen. Eine neue Regelung sollte flexibel unter Berücksichtigung der Lage des Osterfestes vorgenommen werden.“

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Ausschuss bittet das Bildungsministerium zu den Themen „Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen“ und „Arbeit der ‚Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten‘“ um einen schriftlichen Bericht.

b) Eine Frage von Abg. Eisenberg hinsichtlich der Wiederbesetzung der Leitung des Archäologischen Landesamtes beantwortet St Dr. Körner dahin, man bemühe sich um eine sachgerechte Lösung.

c) Abg. Weber bittet das Bildungsministerium, zu Presseberichten über Geschichtsunterricht an der Berufsschule Elmshorn Stellung zu nehmen.

d) Abg. Birk bittet um eine Aussage zum Thema Unterbringung der Orthopädie oder Neurochirurgie des Universitätsklinikums.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. de Jager, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

Jost de Jager

Stellv. Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer